

Claudia Braun
Ernst Gumrich
Gebhart Höritzer
Ulf Siebert
Dr. Christian Wittlinger

6.9.2016

Antrag zur Erarbeitung einer Analyse über Unfälle mit Beteiligung von Fahrrädern

Es wird beantragt, dem Gemeinderat eine Auswertung über die aktuelle Entwicklung der Fahrradunfälle (inklusive dem Verlauf über die letzten Jahre) vorzulegen. Es wäre gut, wenn die Fallzahlen aufgeschlüsselt werden könnten. Dabei erscheinen aussagekräftig:

- Beteiligten-Fallgruppen
(u.a. Stürze ohne Beteiligung Dritter, Fahrrad \leftrightarrow Fahrrad-Unfälle, Fahrrad \leftrightarrow Fußgänger-Unfälle, Fahrrad \leftrightarrow Bus Unfälle, Fahrrad \leftrightarrow sonstige Fahrzeuge -Unfälle)
- Ursachengruppen (z.B. Straßenschäden, Verschulden Radfahrer, Verschulden Drittbeteiligte, überhöhte Geschwindigkeit (Stichwort Pedelec) etc.)
- Unfallorte bzw. soweit vorhanden Unfallschwerpunkte (z.B. Eintrag in Stadtplan)
- Schwere der Unfallfolgen
(von keine Sach- und Personenschäden bis zu schweren Körpverletzungen bzw. Invalidität)

Die Untersuchung sollte so angelegt sein, dass daraus Rückschlüsse auf unfallmindernde Maßnahmen möglich sind. Soweit die Verwaltung Handlungsbedarf ausmacht, sollten geeignete Maßnahmen bereits skizziert werden. Diese Untersuchung könnte zugleich einer Aktualisierung und Ergänzung der Prioritäten des Radwegeprogramms dienen.

Begründung:

Subjektiv nehmen wir in den letzten Monaten in der Tagespresse ansteigend viele Berichte über - zum Teil leider auch schwere - Fahrradunfälle wahr. Ein vermuteter negativer Trend ist aber letztlich aus der Zeitungslektüre nicht verifizierbar, Abhilfemaßnahmen erst recht nicht. **Sollte wider Erwarten der Unfalltrend abfallen**, bitten wir den Antrag als gegenstandslos zu betrachten. Dann wäre Tübingen auf dem richtigen Weg.

Da Tübingens Verkehrskonzept derart stark vom Verkehrsmittel Fahrrad und dessen Akzeptanz abhängt und die Folgen von Fahrradunfällen zum Teil persönlich so schwer sind, muss alles getan werden, Fahrradfahren in Tübingen laufend sicherer zu machen und gegenläufige Entwicklungen sofort zu stoppen. Das funktioniert nur mit einer geeigneten Priorisierung der Abhilfemaßnahmen, die wiederum nur basierend auf einer guten Analyse gelingen kann. Deshalb dieser Antrag.

Die Stadt hat wahrscheinlich viele der benötigten Daten zum Unfallgeschehen bereits aus regelmäßigen Abstimmungsrunden mit den Polizeibehörden vorliegen. Die archivierten Polizeiberichte geben ansonsten eine weitere gute Auswertungsgrundlage. Verbleibende Zweifelsfälle und Grauzonen könnten sicher in einer ad hoc Kooperation zwischen den Polizei und der Stadt geklärt werden. Die Anzahl der jährlichen Vorfälle müsste überschaubar und die Auswertung müsste daher mit vertretbarem Aufwand zu leisten sein.

Ernst Gumrich